



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kiel laden herzlich ein zur:

Sonder-Kreismitgliederversammlung

Dienstag, 31. Januar 2017

19:00 Uhr

Haßstraße 3 - 5, 24103 Kiel

Tagesordnung:

- TOP 1 Formalia**
a. Feststellung der Beschlussfähigkeit
b. Bestätigung des Präsidiums
c. Beschlussfassung über die Tagesordnung
d. Beschlussfassung Protokoll der KMV vom 8. & 23.11.2016
- TOP 2 Ausstieg Rathauskooperation**
Bericht Vorstand
Bericht Ratsfraktion
- TOP 3 Anträge**
Bürgerbegehren zum Verkehrslandeplatz Holtenau
Gründung einer Wohnungs(bau)gesellschaft
- TOP 4 Wahlkampfbudget**
- TOP 5 Verschiedenes**

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf der morgigen Sonder-KMV werden wir die Gründe darlegen, warum der grüne Fraktions- und Kreisvorstand am 17. Januar die Kooperation mit SPD und SSW im Kieler Rathaus aufgekündigt haben. Wir möchten mit Dir über die Zukunft Grüner Politik in Kiel diskutieren.

Nachdem wir uns in den Tagen nach der Aufkündigung der Kooperation sortieren mußten, stellen wir nun noch einen Antrag zur Gründung einer Wohnungs(bau)Genossenschaft. Diesen möchten wir neben dem Vorschlag, auf Basis des von der Stadt beauftragten Gutachtens ein Bürgerbegehren zur 'Nachnutzung des Verkehrslandeplatz' in Holtenau mit familien- und klimafreundlicher Wohnbebauung und eine Gewerbegebietsentwicklung ein, die Arbeitsplätze schafft, zu initiieren, auf der KMV besprechen und beschließen. Beide Anträge liegen dieser Aussendung bei. Schließlich wird unser Schatzmeister Johannes Steen kurz das Budget für den Wahlkampf vorstellen.

Die Tragweite und Wichtigkeit der Themen ist groß. Entsprechend wichtig ist, dass diese KMV beschlussfähig ist. Mit Dank im Voraus und grünen Grüßen,

Dein Vorstand

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Kiel

Protokoll der Kreismitgliederversammlung am 08.11.2016 in LGS, Kiel

TOP 1: Formalia

Um 19:15 Uhr sind 49 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, die Versammlung ist beschlussfähig. Das Präsidium, bestehend aus Johannes Steen, Julia Bartmann und Karen Jackstedt sowie Hanno Michel als Protokollant, wird einstimmig bestätigt.

Julia stellt den Änderungsvorschlag des Präsidiums vor, die Anträge A-1 und D-1 in TOP 2 vorzuziehen und im Anschluss an die Bilanz der Ratsfraktion zu behandeln.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Das Protokoll der KMV vom 29.09.16 wird einstimmig beschlossen.

TOP 2 Zwischenbilanz der Rathauskooperation

TOP 2a – Erfolge

Die Vorsitzende der Ratsfraktion Lydia Rudow berichtet über die bereits errungenen Erfolge der Förde-Kooperation. Sie erwähnt dabei insbesondere das integrierte Stadtentwicklungskonzept, das Kieler Energiekonzept, den bald erfolgenden Bau des Gasheizkraftwerks, die Entwicklung der Innenstadt, die Förderung der Kreativwirtschaft, Bau und Sanierung von Schulen, Sporthallen und anderen städtischen Liegenschaften und den Kita-Ausbau. Auch beim Neubau von Möbel Kraft seien positive grüne Einflüsse zu erkennen, das Kleingartenentwicklungskonzept sichert darüber hinaus die langfristige Perspektive für Kleingartenkolonien und Kiels grünen Gürtel. Im Bereich Mobilität wurden die Velorouten auf den Weg gebracht, die von der Ratskooperation gewünschte Stadtreionalbahn konnte dagegen nicht verwirklicht werden. Weitere Baustellen sind die Umgestaltung des Schützenparks und die Fortentwicklung des Klimakonzepts. Durch Gespräche auf Stadt- und Landesebene konnte zudem eine Zwischenlösung für die auf dem Gelände der alten Muthesius-Kunsthochschule ansässigen Initiativen und Projekte erwirkt werden. Abschließend hebt Lydia die insgesamt konstruktive und erfolgreiche Arbeit der Kooperation hervor.

TOP 2b – Konfliktpunkte

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Lutz Oschmann berichtet über die strittigen Themen in der Kooperation. Ein Thema ist dabei der Streit um den geplanten interkommunalen Windpark in Meimersdorf/Flintbek. In Flintbek ist das betreffende Gelände nicht Bestandteil eines Landschaftsschutzgebietes, der dort geplante Teil des Windparks könne voraussichtlich durch die Investoren gebaut werden. Ein geplanter Antrag zur Umstellung der Energieversorgung der städtischen Liegenschaften auf 100% Ökostrom ist zurzeit von Seiten der SPD noch nicht für die Ratsversammlung freigegeben. Weitere ergänzende Maßnahme im Energiebereich könnte etwa ein Solarprogramm sein. In Bezug auf den Holtenauer Verkehrslandeplatz ist trotz rückläufiger Zahlen seitens SPD und SSW der Wunsch vorhanden, den Flughafen in Kiel weiter zu erhalten. Eine Nutzung des Geländes für Gewerbe- und Wohnbebauung könnte große Flächen nutzbar machen. Das in Auftrag gegebene Gutachten gibt keine klare Handlungsanweisung. Für eine zeitnahe Bebauung des Flughafengeländes ist zunächst ein Aufstellungsbeschluss erforderlich.

Im Anschluss berichtet Arne Langniss über den Stand der Diskussion über den Hotelneubau am Exerzierplatz. Der Investor hat eine Höhenreduktion vorgeschlagen, denkbar ist auch der

Verzicht auf ein Parkhaus neben dem Neubau. Eine Entscheidung über das Projekt steht am 1.12. im Bauausschuss an. Es folgt eine Aussprache.

Um 20:16 sind 55 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Oliver Pohl bringt den **Antrag A-1** ein.

Lutz Oschmann bringt den **Alternativantrag D-1** ein.

Es folgt eine Aussprache

Auf Antrag von Willi Voigt übernehmen die AntragsstellerInnen eine Ergänzung in der Begründung direkt anschließend an den ersten Absatz:

„[...] auch in Verbindung mit der Nachnutzung des MFG5-Geländes.“

Niels Ahsbahr stellt den Änderungsantrag, Punkt 4 des Antrags zu streichen und den zweiten Absatz von Punkt 3 zu einem eigenständigen Punkt 4 zu machen.

Der Änderungsantrag wird bei sieben Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Steffen Regis stellt den Änderungsantrag, Punkt 3 so umzuformulieren, dass in jedem Fall ein Bürgerentscheid angestrebt werden soll.

Der Änderungsantrag wird bei einer Ja-Stimme und vier Enthaltungen abgelehnt.

Die Anträge A-1 und D-1 werden gegeneinander abgestimmt. Auf den Antrag A-1 entfällt eine Stimme, bei einer Enthaltung wird Antrag D-1 mit großer Mehrheit angenommen.

Beschluss: Die KMV beschließt den Antrag von Kreisvorstand und Ratsfraktion:

1. Die KMV sieht in der Umsetzung des Nutzungsvariante B (Flughafenschließung und Nachnutzung für Wohnen und Gewerbe) die weitaus beste Entwicklungsperspektive für das Flughafengelände und sieht sich durch das vorgelegte Gutachten in dieser Auffassung bestätigt. Größe der Gewerbeflächen, Zahl der Arbeitsplätze, Einkommenszuwachs, Steuereinnahmen und Zahl der Wohnungen, all diese Werte sind deutlich besser als bei Variante A. Variante B ermöglicht eine großflächige Gewerbeansiedlung von 40 Hektar und auch Wohnungsbau in gleicher Größe bedarfsorientiert mit bis zu 2.400 Wohneinheiten. Da es sich um ein städtisches Grundstück handelt, kann sozialer Wohnungsbau hier in besonderem Maße berücksichtigt werden.

2. Die KMV beauftragt den Kreisvorstand und den Fraktionsvorstand weitere Gespräche mit den Kooperationspartnern SPD und SSW zu führen, um noch im Jahr 2016 ein verbindliches Verfahren abzustimmen für eine tragfähige Entscheidung über die Zukunft der Flughafenliegenschaft.

3. Die KMV fordert einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für Wohnungsbau und weitere Gewerbeflächen auf dem Flughafengelände. Die Zeitpunkte der Umsetzung der Bebauungsplanungen und des Beschlusses zur Schließung des Verkehrslandeplatzes müssen festgelegt werden.

Alternativ dazu können die Kooperationsfraktionen in der Ratsversammlung einen Bürgerentscheid zur Zukunft des Flughafens beschließen.

4. Sollte es zu keiner Einigung über einen Aufstellungsbeschluss oder über einen Bürgerentscheid kommen, wird der Kreisvorstand beauftragt, zu prüfen ob die Initiierung eines Bürgerbegehrens gemäß § 16 g Abs.3 Gemeindeordnung sinnvoll ist und welche Bündnispartner dafür in Frage kommen.

TOP 3 Änderungsanträge LTW-Programm 2017/Anträge

Karolina Ziehm begründet die Dringlichkeit des Antrags LTW-4D

Die Dringlichkeit wird bei einer Enthaltung festgestellt.

Schamal Zangana begründet die Dringlichkeit des Antrags A-2.

Beschluss: Die Dringlichkeit wird bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen festgestellt.

Karolina Ziehm bringt den Antrag **LTW-4D** ein.

Die AntragsstellerInnen übernehmen die Anregung von Dieter Sinhardt-Pallin, den Antrag so zu erweitern, dass er die Forderung enthält, im bisherigen Text des LTW-Programms das Wort „können“ durch „wollen“ zu ersetzen.

Beschluss: Der geänderte Antrag LTW-4D wird bei drei Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Schamal Zangana bringt den **Antrag A-2** ein.

Julia Bartmann stellt mehrere **Änderungsanträge**.

Johannes Albig stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, die Beratung des Antrags zurückzustellen und zunächst die anderen Anträge zu beraten.

Beschluss: Der GO-Antrag wird bei 20 Ja-Stimmen, neun Enthaltungen und acht Nein-Stimmen angenommen.

Es liegen weitere **vier fristgemäße Anträge** vor.

L 1-3 (Änderungsanträge LTW-Programm von Philipp, vertagt von KMV 29.9.16)

R 1 (Antrag an die Grüne Ratsfraktion von Philipp Schmagold)

Philipp Schmagold bringt den **Antrag LTW-1** ein.

Phillipp übernimmt den Vorschlag von Lutz, im ersten Absatz zu ergänzen: „Wir fordern Landstromanschlüsse *mit erneuerbarem Strom* [...]“

Beschluss: Der Antrag wird bei zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Phillipp bringt den **Antrag LTW-2** ein.

Beschluss: Der Antrag wird bei sieben Gegenstimmen und neun Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Phillipp bringt den **Antrag LTW-3** ein.

Beschluss: Der Antrag wird bei neun Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Johannes Albig bringt den überarbeiteten **Antrag A-2-NEU** ein.

Julia Bartmann stellt den **Änderungsantrag**, den Abschnitt zu streichen, in dem die Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen gefordert wird.

Angelika stellt einen **GO-Antrag** auf Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung.

Beschluss: Der GO-Antrag wird bei drei Enthaltungen angenommen.

Beschluss: Der Änderungsantrag von Julia wird bei sechs Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen.

Beschluss: Der Antrag A-2-NEU wird bei sechs Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Phillipp ist einverstanden, seinen **Antrag R-1** bis zur nächsten KMV zurückzustellen.

TOP 4 – Berichte:

entfällt

TOP 5 – Verschiedenes

- Johannes weist auf die nächste KMV am 23.11. hin.
- Revitalisierung AG Ökologie am 10.11. um 19 Uhr in der GS mit Julia!
- Der Kreis der StellvertreterInnen in einigen Ausschüssen soll – auch mit Blick Richtung Kommunalwahl 2018 – erweitert werden. Zum einen für den Ausschuss für Schule und Sport (Teilnahme am AK Bildung montags 18-19 Uhr notwendig) und für den Bauausschuss (Teilnahme am AK Stadtentwicklung montags 18-19 Uhr notwendig). Nachfragen an Andrea Hake, Geschäftsführerin der Fraktion.
- 9.11., 18:15 - 19 Uhr gibt's ne Protestaktion gegen CETA anlässlich des Besuchs des Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz. Von uns ist Houari dabei, es können aber gern noch mehr mitmachen (Eingang des RBZ Wirtschaft, Westring 444)
- 12./13.11. wird die VI Stopp CETA eine Unterschriftenaktion durchführen. Schaut, ob Ihr das aktiv unterstützen könnt und wollt. Details kennt Houari
- 11.11. 18:30 Alte Mensa, Olshausenstr. 40: Warum wohnst du wo du wohnst? Ne Podiumsdiskussion zu Strategien gegen Wohnungsmangel, die vom Mieterverein, Linke und ASTA getragen wird, aber noch viel Grün braucht! Geht hin!

Um 22:18 schließt das Präsidium die KMV.

Kiel, den 08. November 2016

Hanno Michel
- Protokollant -

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Kiel

Protokoll der Kreismitgliederversammlung am 23.11.2016, LGS, Kiel

TOP 1: Formalia

Um 19:15 Uhr sind 33 Mitglieder anwesend, die Versammlung ist **nicht** beschlussfähig. Julia Bartmann begrüßt für den Vorstand die Anwesenden. Sie übergibt an Johannes Albig, Amelie Berg und Dieter Sinhart-Pallin die Leitung der Sitzung sowie Hannah Wolf als Protokollantin.

TOP 2: „Landtagswahl 2017: Die Zeichen stehen auf GRÜN!“

Monika Heinold hält Ihre Motivationsrede. Sie appelliert, dass wir Grünen bei „uns“ bleiben, unseren Werten und Inhalten treu bleiben. Wir stehen für „Grüne“ Werte (Umwelt, Mensch, Natur). Sie verweist auf die 10 Grünen Erfolge. Im Wahlkampf gilt: Dialoge, Erklärung, raus auf die Straße! Wir sind der Gegenpart zur AfD. Ihr Wunsch: mehr auf die Wirtschaft zugehen, um das Land verändern zu können, Verständlichkeit, gerechtes, ökologisches, weltoffenes Schleswig-Holstein mit Bürgerbeteiligung.

TOP 3: Vorstellung und Diskussion LTW-Programm

Lasse Petersdotter, der an der Erstellung des Landtagswahlprogramms mitgewirkt hat, stellt die Grundzüge und zentralen Inhalte des Programms und das (weitere) Verfahren sowie

TOP 4 – Rathauskooperation

Johannes Albig gibt bekannt, dass man sich noch in Verhandlung mit den anderen Kooperationspartnern befinde.

TOP 5 – Anträge und Berichte

Anträge werden nicht behandelt, da nicht wir nicht beschlussfähig sind.

Berichte:

Hannah Wolf berichtet von ihrer Spenden-Pilgerwanderung

Julia Bartmann berichtet aus der Arbeit des KVO. (Masterplan Wahlkampf, Klausur, Aktionen, Workshops usw.)

TOP 5 – Verschiedenes

- Mogens Lesch stellt sich vor, er will sich für die Landesliste (Bereich Platz 12-18) bewerben → Schwerpunkt auf Naturschutz, Küstenschutz, Klimawandel
- AG Ökologie & Umwelt zeigt „National Geographic“-Doku „Before the flood“ am 30.11. um 20 Uhr bei Plätzchen und Glühwein – hier in der GS!
- Die Ratsfraktion sucht StellvertreterInnen für: Stellvertretung Ausschuss für Schule und Sport und Bauausschuss. Gute Möglichkeit für „Einsteiger“, sich langsam an das Thema heranzutasten. Nachfragen an Andrea Hake, Geschäftsführerin der Fraktion.
- Aufstehen gegen Rassismus! Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) will am Freitag, 25.11., in ihrem Kieler Büro eine Veranstaltung zum Thema „Die Macht der EU – die Ohnmacht Deutschlands“ durchführen. Treffen zur Gegendemo am 25.11. um 18 Uhr an der Ecke Walkerdamm/Hopfenstraße. (Töpfe, Kochlöffel und ähnliches zum Krachmachen mit – zu empfehlen sind auch.
- URWAHLFORUM: 2.12. 19 Uhr in der Halle400 in Kiel.
- Lasse weist auf die Veranstaltung mit Claudia Roth – Österreich-Rechtsruck in Europa und Deutschland“; den Kongress Offene Gesellschaft am 5.12 im Landeshaus und die Veranstaltung zum Thema Cannabis Legalisierung am 9.12 im Wissenschaftszentrum hin.
- Luca Bruschi weist auf den Climate Action Day am 3.12. hin.

Dieter Sinhart-Pallin weist auf die „Charlie Continue“-Veranstaltung am 6.1.17 anlässlich des Jahrestages des Attentats auf Charlie Hebdo. Frage: Warum radikalisiert sich Jugendliche?

Um 20:06 Uhr schließt das Präsidium die KMV.

Kiel, den 23. November 2016

Hannah Wolf
- Protokollantin –

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Kreismitgliederversammlung 31.01.2017

AntragstellerInnen:
Kreisvorstand

Gegenstand: Bürgerbegehren
Nachnutzung Verkehrslandeplatz
Holtenau

Antrag 1

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Der Kreisvorstand wird beauftragt ein Bürgerbegehren mit dem Arbeitstitel

"Sind Sie für die Schließung des Verkehrslandeplatzes Holtenau und für eine Nachnutzung mit Wohnungsbau und Gewerbe?"

vorzubereiten und umzusetzen. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen zu prüfen und umzusetzen:

- rechtlich korrekte Fragestellung (Prüfung durch Rechtsamt und Kommunalaufsicht)
- rechtlich korrekte Unterschriftenliste
- zeitlichen Ablauf abstimmen (Unterschriften sammeln in max. 6 Monaten, Prüfung der Unterschriften durch Kommunalaufsicht, Vorbereitung Bürgerentscheid durch Stadtverwaltung) mit dem Ziel, den Bürgerentscheid parallel zur Kommunalwahl im Mai 2018 durchzuführen
- Benennung von bis zu drei Vertretungsberechtigten
- Unterstützer und Verbündete suchen
- Finanzierung des Wahlkampfes sicherstellen
- Organisation der Unterschriftensammlung, Nutzung des Bundestagswahlkampfes

Begründung:

In den Verhandlungen mit SPD und SSW ist es weder gelungen, einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für den Verkehrslandeplatz zu erreichen, noch einen Bürgerentscheid mit einer grünverträglichen Fragestellung zu vereinbaren. Ein Bürgerbegehren zur Schließung des Verkehrslandeplatzes ist ein geeignetes Mittel, das Thema bis zur Kommunalwahl 2018 öffentlich hochzuziehen. Die Kommunalwahl ist der beste Zeitpunkt, um parallel mit einem Bürgerentscheid über einen ganz wichtigen Punkt der Kieler Stadtentwicklung zu entscheiden.

Datum:
31.01.2017

Befasst

- ja
 nein

Vertagt

- ja
 nein

Überwiesen an:

Abstimmung:

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Kreismitgliederversammlung 31.01.2017

AntragstellerInnen:
Ratsfraktion und
Kreisvorstand

Gegenstand: Gründung einer
Wohnungs(bau)gesellschaft

Antrag 2

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, binnen vier Monaten Vorschläge zur Gründung einer Wohnungs(bau)gesellschaft unter städtischem Einfluss zu erarbeiten. Anschließend soll eine solche nach Beratung und Beschluss durch die Ratsversammlung schnellstmöglich, spätestens aber im 1. Quartal 2018 gegründet werden. Ziel ist es, ein breites Angebot an Zusammenarbeit mit Externen (u.a. Genossenschaften, kleinen Baugemeinschaften, experimentellen Wohngruppenprojekten etc.) zu erlangen, aber auch zu ermöglichen, dass die Kommune in Eigenregie sozialen Wohnungsbau betreibt. Dazu müssen mindestens folgende Kernfragen zu den alternativ mit ihren Vor- und Nachteilen darzustellenden Vorschlägen geklärt werden:

Wie sind die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen und Gegebenheiten, sowie deren kurz- und langfristige (10 Jahre) volkswirtschaftliche Auswirkung auf den städtischen Haushalt beim:

- Verkauf von Grundstücken
- bei der Gründung einer zu 100% im Besitz der Stadt befindlichen Gesellschaft
- bei der Gründung einer zu 51% im Besitz der Stadt befindlichen Gesellschaft unter Beteiligung Privater
- bei der Gründung einer zu 100% im Besitz der Stadt befindlichen Gesellschaft, die nur Grundstücke in Erbpacht moderner Prägung kostengünstigst zum Bauen zur Verfügung stellt. Ziel dieses Modells wäre eine gemeinsam mit einem Privaten oder einer zweiten städtischen Wohnungsgesellschaft zu gründende 50/50 Beteiligungsgesellschaft, bei der die Grundstückskosten für den Privaten entfallen. Dieser führt das operative Geschäft und nimmt die Miete ein. Dafür erhält die städtische "Grundstücks-Gesellschaft" ein qualifiziertes Mitspracherecht (Vetorecht) bei den Mietpreisen und im Rahmen eines Verkaufs oder einer Insolvenz (hier ist auch die Auswirkung einer Heimfallklausel darzustellen). Im gewünschten Verkaufsfall soll für beide Seiten ein Vetorecht gelten.

Begründung:

Wohnen ist ein Grundrecht! Um auch in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt zu erhalten und den Mietspiegel und damit die Mieten zu stabilisieren, ist die Gründung einer städtisch Wohnungs(bau)gesellschaft unbedingt notwendig.

Mietsteigerungen zwischen 15% und 25% im Schnitt in den vergangenen 5 Jahren zeigen dies eindrücklich. Außerdem sank der Anteil an geförderten Miet-Wohnungen mit Mietpreisbindung zwischen 2005 und 2015 von 15,7% auf 6,8%, d.h. nur noch ca. 6500 Wohnungen sind heute mietpreisgebunden mit 5,00 bis 5,50€. Auch zukünftig wird es nicht einfacher, da sich heute schon

Datum:
31.01.2017

Befasst

- ja
 nein

Vertagt

- ja
 nein

Überwiesen an:

Abstimmung:

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

viele Investoren von den Bindungen nach 10 Jahren freikaufen, oder die Finanzierung durch das Land gar nicht erst wahrnehmen, damit sie gleich höhere Mieten fordern können.

Für Familien mit Kindern und einem Wohnberechtigungsschein können kaum noch Wohnungen nachgewiesen werden. Trotz der grundsätzlich angewendeten 30%-Regel für sozialen Wohnungsbau bei Neubauten ist nicht zu erwarten, dass bei einer nach aktuellen Prognosen um ca. 15.000 Einwohner wachsenden Bevölkerung der Wohnungsmarkt die Nachfrage gerade nach günstigeren Sozialen Wohnungen zukünftig ausreichend bedienen wird.

Sozialer Wohnungsbau heißt nicht nur günstige Mieten, sondern auch geringe Nebenkosten für die Mieter durch Einhalten der "Kieler Energiestandards". Auch dies gewährleistet eine Wohnungs(bau)gesellschaft unter maßgeblich städtischen Einfluss am sichersten. Bei einem Herabsetzen der Energiestandards zahlen die Mieter die zusätzliche Rechnung.

Wie die letzten 10 Jahre gezeigt haben, ist ein maßgeblicher Einfluss auf den Wohnungsmarkt letztendlich nur durch eine kommunale Wohnungs(bau)gesellschaft möglich.

Deshalb gilt es, alle Protagonisten am Wohnungsmarkt mit der zu gründenden Wohnungs(bau)gesellschaft anzusprechen und lokale Interessierte wie z.B. Wohnprojekte, Baugemeinschaften, Selbstorganisationen wie Siedlerbund und andere Netzwerksstrukturen, zu stützen und ihnen ein kostengünstiges, qualitativ hochwertiges Bauen zu ermöglichen.